

Nach Amoklauf in Graz: Debatte um striktes Waffenverbot entbrannt!

Nach dem Amoklauf in Graz am 11. Juni 2025 fordert die Bürgermeisterin ein Waffengesetzverbot. Diskussionen über Waffenbesitz entfachen.



Graz, Österreich - Nach dem tragischen Amoklauf an einer Grazer Schule, bei dem ein 21-Jähriger am Dienstagvormittag neun Jugendliche, eine Lehrerin und sich selbst das Leben nahm, ist in Österreich die Diskussion über den Waffenbesitz neu entfacht. Der Täter war mit einer Schrotflinte und einer Faustfeuerwaffe bewaffnet, beide Waffen besaß er legal. Bundespräsident Alexander Van der Bellen forderte umgehend eine Untersuchung, um zu klären, wie es sein kann, dass ein junger Mann in Besitz von so gefährlichen Waffen sein kann. Laut **Deutschlandfunk** war der Täter im Besitz von Waffen, die er legal erwerben konnte, trotz der strengen Vorschriften in Österreich.

Die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr reagierte auf das schreckliche Ereignis mit der Forderung nach einem umfassenden Verbot von Schusswaffen für private Personen. „Waffen sind in Händen von Zivilisten nicht mehr tragbar“, ließ sie verlauten. Bei dem Amoklauf kamen insgesamt elf Menschen ums Leben und zwölf weitere wurden verletzt, was die Debatte um Waffenbesitz in Österreich weiter anheizt, berichtet **Die Presse**.

Waffenbesitz in Österreich

In Österreich ist der Erwerb von Faustfeuerwaffen an eine behördliche Genehmigung geknüpft, während für Büchsen und Schrotflinten keine solche Genehmigung erforderlich ist. Laut dem **Small Arms Survey** von 2018 gehört Österreich zu den am stärksten bewaffneten Ländern in Europa, mit 30 Schusswaffen pro 100 Personen. Nur einige wenige Länder sind höher bewaffnet als Österreich, darunter Montenegro und Serbien.

Am 1. Juni 2025 waren laut dem Zentralen Waffenregister (ZWR) in Österreich 1.518.873 legale Schusswaffen bei 374.141 Personen registriert. Neben Schusswaffen umfasst der Waffenbegriff auch andere Verteidigungsmittel wie bestimmte Messer und Pfeffersprays. Für Kinder, Jugendliche und Zivildienstler gibt es ein generelles Waffenverbot, allerdings mit möglichen Ausnahmen.

Politische Reaktionen

Die Notwendigkeit einer umfassenden politischen Diskussion über das Waffenrecht und mögliche Regelungsänderungen wird von verschiedenen Politikern eindringlich betont.

Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Franz Ruf, warnte vor unterschiedlichen Angriffsmethoden, die in den letzten Jahren zunehmend Verwendung fanden, und forderte Maßnahmen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Der Amoklauf hat ein erschütterndes Licht auf die aktuelle Waffensituation

geworfen und könnte ein Wendepunkt in der Diskussion um den Waffenbesitz in Österreich sein.

Österreich gedenkt der Opfer des tragischen Vorfalls mit einer Trauerminute am Mittwoch. Die Bevölkerung ist in Schock über die Geschehnisse, und man fragt sich, welche Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden können, um derartige Tragödien in Zukunft zu verhindern.

Details	
Ort	Graz, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.deutschlandfunk.de• www.diepresse.com• ooe.orf.at

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at